Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Finanzen		Drucksachen-Nr. 274/2003	
		☒	Öffentlich
		☐	Nicht öffentlich
Beschlussvorlage			
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)	
Finanz- und Liegenschaftsausschuss	20.05.2003	Beratung	
Rat	05.06.2003	Entscheidung	

Tagesordnungspunkt

V. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach

Beschlussvorschlag:

Die V. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

Sachdarstellung / Begründung:

1. Rassenfestlegungen durch das Landeshundegesetz

Am 01.01.2003 ist das Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz) vom 18.12.2002 (GV NRW S. 656) in Kraft getreten. Gleichzeitig trat die Landeshundeverordnung vom 30.06.2000 außer Kraft.

Die Vorschriften der Stadt Bergisch Gladbach zur erhöhten Besteuerung der gefährlichen Hunde (sog. Kampfhunde) basieren auf den Regelungen der Landeshundeverordnung und entsprechen der vom nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebund entwickelten Hundesteuermustersatzung.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Erhebung einer erhöhten Hundesteuer für gefährliche Hunde und die Vorschriften des Landeshundegesetzes unterschiedliche Gegenstände betreffen, nämlich einmal das Steuerrecht und zum anderen das Ordnungsrecht. Hinsichtlich des Satzungszwecks ist dabei zu berücksichtigen, dass die ordnungspolitische Funktion und die Lenkungsfunktion kommunaler Steuersatzungen in den verschiedensten Zusammenhängen ausdrücklich anerkannt worden sind.

Es hat sich grundsätzlich bewährt, dass die Regelungen zur Besteuerung gefährlicher Hunde inhaltlich den Regelungen der Landeshundeverordnung entsprechen, da beide Bereiche eine gleiche ordnungspolitische Zielvorstellung verfolgen: Die Verbreitung und das Halten potentiell gefährlicher Hunde sollen nach Möglichkeit eingedämmt und unattraktiv gemacht werden.

Das Landeshundegesetz führt nunmehr in § 3 Abs. 2 Satz 1 folgende Hunderassen als gefährliche Rassen auf, für welche die unwiderlegliche Vermutung der Gefährlichkeit gilt:

Pitbull Terrier, American Staffordshire Terrier, Staffordshire Bullterrier und Bullterrier und deren Kreuzungen untereinander sowie deren Kreuzungen mit anderen Hunden

Für folgende Rassen wird in § 10 Landeshundegesetz im Rahmen der Gefahrenvorsorge ein erhöhtes Gefährdungspotential unterstellt und im Übrigen den unwiderleglich als gefährlich eingestuften Rassen in der ordnungsrechtlichen Behandlung weitestgehend gleichgestellt:

Alano, American Bulldog, Bullmastiff, Mastiff, Mastino Espanol, Mastino Napoletano, Fila Brasileiro, Dogo Argentino, Rottweiler und Tosa Uno sowie deren Kreuzungen untereinander sowie mit anderen Hunden.

Der nordrhein-westfälische Städte- und Gemeindebund empfiehlt im Ergebnis, die Rassenauflistungen in der Hundesteuersatzung inhaltlich dem Regelungskonzept der §§ 3 und 10 Landeshundegesetz anzupassen. Dieses führt für Bergisch Gladbach zu dem Ergebnis, dass die Rassen Dogue de Bordeaux und Chinesischer Kampfhund nicht mehr einer unmittelbaren erhöhten Besteuerung unterliegen und zusammenfassend folgende Rassen als gefährliche Hunde im Sinne der Hundesteuersatzung gelten:

Pitbull-Terrier (wie bisher)
American Staffordshire Terrier (wie bisher)
Staffordshire Bullterrier (wie bisher)
Bullterrier (wie bisher)
Alano (neu)
American Bulldog (neu)
Bullmastiff (neu)
Mastiff (neu)
Mastin Espanol (wie bisher)
Mastino Napoletano (wie bisher)

Fila Brasileiro (wie bisher)
Dogo Argentino (wie bisher)
Rottweiler (neu)
Tosa Inu (wie bisher)

Zurzeit unterliegen 21 Hunde der erhöhten Besteuerung (= 0,5 %). Insbesondere durch die zu steuernde Rasse „Rottweiler“ werden sich diese Zahlen erhöhen.

2. Hinweis auf Schutzdienst- oder Sporthundausbildung

Der Städte- und Gemeindebund empfiehlt, in § 2 Abs. 2 (Definition eines gefährlichen Hundes) gegenüber dem Landeshundegesetz eine zusätzliche Unterscheidung zwischen einer „Schutzhundausbildung“ und einer „Schutzdienst- oder Sporthundausbildung“ aufzunehmen.

Dieses wird für erforderlich gehalten, um das Verhältnis der Definition eines gefährlichen Hundes zu der fakultativen Steuerermäßigung nach § 4 Abs. 1 Buchstabe b (Hunde, die zu Melde-, Sanitäts- oder Schutzzwecken verwendet werden) zu verdeutlichen.

3. Redaktionelle Änderungen

Während in den Ursprüngen der erhöhten Besteuerung gefährlicher Hunde diese Tiere als „sog. Kampfhunde“ bezeichnet wurden, hat sich zwischenzeitlich in Gesetzgebung und Rechtsprechung hierfür die Bezeichnung „**gefährlicher Hund**“ etabliert.

Um diese Entwicklung auch in die städt. Hundesteuersatzung darzustellen, werden in den § 2, § 3 Abs. 6 und § 4 Abs. 3 die entsprechenden Formulierungen der Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes übernommen.

Die bisher in § 9 enthaltenen **Regelungen zu Rechtsmittel und Zwangsmaßnahmen** sind in der Mustersatzung nicht mehr aufgeführt, da die bisher genannten Gesetze (Verwaltungsgerichtsordnung und Verwaltungsvollstreckungsgesetz) auch ohne ausdrückliche Nennung in der Hundesteuersatzung entsprechend anzuwenden sind. Aus diesem Grund kann der § 9 ersatzlos aufgehoben werden.

Die Definition der Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit der **Angabe der Hunderasse** bei der Anmeldung zur Hundesteuer wird entsprechend der Mustersatzung umformuliert (bisheriger § 10, neuer § 9).

Gefährliche Hunde im Sinne dieser Vorschrift sind insbesondere Hunde der Rassen

1. Pitbull Terrier
2. American Staffordshire Terrier
3. Staffordshire Bullterrier
4. Bullterrier
5. Alano
6. American Bulldog
7. Bullmastiff
8. Mastiff
9. Mastino Espanol
10. Mastino Napoletano
11. Fila Brasileiro
12. Dogo Argentino
13. Rottweiler
14. Tosa Inu

sowie deren Kreuzungen untereinander sowie mit anderen Hunden.

§ 2

§ 3 Abs. 6 erhält folgende Fassung:

- (6) Für gefährliche Hunde im Sinne des § 2 Abs. 2 wird eine Steuerbefreiung nach den Absätzen 2 bis 5 nicht gewährt.

§ 3

§ 4 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

- (3) Für gefährliche Hunde im Sinne des § 2 Abs. 2 wird eine Steuerermäßigung nach den Absätzen 1 bis 2 nicht gewährt.

§ 4

§ 9 entfällt

§ 5

Der bisherige § 10 wird § 9 und erhält unter Satz 1, Ziffer 2. folgende Fassung:

2. als Hundehalter entgegen § 8 Abs. 1 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig oder unter fehlender oder falscher Angabe der Hunderasse anmeldet,

§ 6

Der bisherige § 11 wird § 10

§ 7

Diese Satzung tritt am 01.Juli 2003 in Kraft.

Hinweis:

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Verkündung der Satzung geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren nicht durchgeführt wurde,
- b) die Satzung nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden ist,
- c) die Bürgermeisterin den Ratsbeschluss vorher beanstandet hat
oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel gegenüber der Gemeinde vorher schon gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden ist, die den Mangel ergibt.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit in vollem Wortlaut öffentlich bekannt gemacht:

Bergisch Gladbach, den

Maria Theresia Opladen
Bürgermeisterin